

01.03.2021

Neudruck

Mündliche Anfrage

für die 118. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 3. März 2021

Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern

92 Abgeordneter
Sven Wolf SPD

Die BILD-Zeitung berichtete in ihrer Ausgabe vom 25. Februar, dass es in Nordrhein-Westfalen einen „Maskenknall“ gebe. Hintergrund soll die Ankündigung des Ministeriums des Inneren sein, dass bei der NRW-Polizei rund 400.000 Masken ausgetauscht werden müssten, weil möglicherweise Produktionsfehler vorlägen. Darüber hinaus hat das LZPD angekündigt, derzeit zu prüfen, ob die laufende Ausschreibung für 1,25 Millionen sog. Community-Masken nicht zurückgenommen werde, weil diese Masken nicht mehr dem Standard des RKI entsprächen.

Daher frage ich die Landesregierung:

Welche Ansprüche auf Nachbesserung/Schadenersatz im Zusammenhang mit der Lieferung fehlerhafter Schutzausrüstung hat die Landesverwaltung geltend gemacht (bitte jeden Fall einzeln aufzählen)?

Welche Ansprüche auf Schadenersatz/Vertragserfüllung o. ä. wurden im Zusammenhang mit der Lieferung von Schutzausrüstung gegen das Land geltend gemacht (bitte jeden Fall einzeln aufzählen)?

Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie

- 93 Abgeordneter Rücknahme der Mündlichen Anfrage
Johannes Remmel am 2. März 2021
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie

- 94 Abgeordnete Im November hatte der Ministerpräsident bereits
Lisa Kapteinat SPD angekündigt, dass Nordrhein-Westfalen sich für
eine Erweiterung des Angebots der Corona-
Warn-App auf freiwilliger Basis einsetzen werde.

Nunmehr hat der Ministerpräsident im Rahmen der Pressekonferenz vom 23. Februar erklärt, dass er mit Smudo telefoniert habe. Es sei um das Berliner App-Projekt Luca gegangen. Mit dieser App soll die Nachverfolgung von Kontakten ermöglicht werden.

Im Nachgang haben sich viele Unternehmerinnen und Unternehmer gemeldet, die ähnliche Apps entwickelt haben, teilweise sogar mit der Entwicklung weiter sind als Luca. So hat zum Beispiel das Unternehmen Railslove seit Mai 2020 versucht, Kontakt zur Staatskanzlei aufzunehmen, um ihr Produkt vorstellen zu dürfen. Mit sehr überschaubarem Erfolg. Wir freuen uns über das breite Engagement in der Bevölkerung, stellen aber verwundert fest, dass der Ministerpräsident offensichtlich in erster Linie mit Prominenten sprechen möchte oder er will nur über diese Gespräche pressewirksam berichten.

Daher frage ich die Landesregierung:

Mit welchen Unternehmen hat der Ministerpräsident noch über die technische Möglichkeit der Kontaktverfolgung gesprochen?

Welche Maßnahmen hat der Ministerpräsident unternommen, um das Angebot der Corona-Warn-App zu erweitern?

Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

95 Abgeordneter
Mehrhad Mostofizadeh
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Impfstau beenden – wann legt die Landesregierung eine Impfstrategie vor?

Laut Berichterstattung des WDR vom 24.02.2021 um 19.21 Uhr (zuletzt abgerufen am 25.02.2021 um 12.36 Uhr) soll ein Großteil der gelieferten Impfstoffmengen von AstraZeneca ungenutzt in den Kühlregalen der Impfzentren oder Logistiker liegen. Als mögliche Gründe wurde eine angebliche Impfskepsis berichtet. So sollen in Köln 380 von 500 Impfterminen für Dienstag, den 23.02.2021 abgesagt worden sein.

Dies ist insofern besonders bemerkenswert, da Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen auf eine Impfung warten. Bis zum heutigen Tag haben laut Angaben der Landesregierung weniger als 350 000 Menschen eine Zweitimpfung erhalten. Insgesamt wurden 1.121.846 (Stand 25.02.2021, 8.00 Uhr zuletzt abgerufen von der Seite <https://www.mags.nrw/coronavirus-schutz-impfung> am 25.02.2021 um 12:46 Uhr) Impfungen insgesamt seit dem 27.12.2020 durchgeführt. Darunter befinden sich 780.556 Erstimpfungen und 341.290 Zweitimpfungen. Der Anteil derjenigen, die die notwendige vollständige Impfung erreicht haben, liegt gemessen an der Gesamtbevölkerung damit bei knapp 2 %.

Des Weiteren wurden aufgrund der geplanten und bereits erfolgten Öffnungen in Schulen und Kindertagesstätten die Prioritäten den impfberechtigten Personen auf Bundesebene verändert. Nunmehr gehören auch das Lehrpersonal in den Schulen und die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten in die Prioritätengruppe 2.

In der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 24.02.2021 konnte die Landesregierung noch keine Angaben dazu machen, nach welchem Schema die jeweiligen Statusgruppen geimpft werden sollen, noch konnte dargelegt werden, wann die betroffenen Personengruppen geimpft werden. Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales wies auch an keiner Stelle daraufhin, dass offenbar größere Mengen an Impfstoffen bisher nicht verbraucht wurden.

Ich frage daher die Landesregierung:

Wie wird künftig vermieden, dass größere Mengen an Impfstoff ungenutzt in den Lagern verbleiben.

Nach welchem Konzept werden in den nächsten Wochen die Beschäftigten in Polizei, Schulen und Kindertagesstätten unter Berücksichtigung der sonstigen Impfberechtigten der Kategorien 1 und 2 geimpft bzw. wird diesem Personenkreis ein Impfangebot gemacht?